



## **D-A-S-H Dossier #9: "PREKÄRE ARBEIT UND MIGRATION"**

Das Dossier #9 befasst sich mit "Prekärer Arbeit und Migration". Beides Themen, die die innenpolitische Debatte in der Bundesrepublik immer wieder beschäftigen - besonders dann, wenn es um die Arbeitslosenzahlen und den Umgang mit Migrantinnen und Migranten hierzulande geht.

1. Prekäre Arbeit und Migration
2. Lebens- und Arbeitsverhältnisse von MigrantInnen in Deutschland (Silke Veth und Florian Weis)
3. Partner in der Arbeitswelt (Klemens Büsch)
4. "Wir sind unter euch" (Katharina Hamann)
5. Rechtlos auf Arbeit? (Norbert Cyrus)
6. "Einen Monat hab ich gearbeitet und keinen Lohn erhalten." (Gerda Heck)
7. Jeder Mensch ist ein Experte! (Daniela Schmohl)
8. HANDS ON WORK (Edith Kleinkathöfer, Woge e.V.)
9. Links

### **1. EDITORIAL**

Unser aktuelles Dossier Nummer 9 befasst sich mit »Prekärer Arbeit und Migration«. Beides Themen, die die innenpolitische Debatte in der Bundesrepublik immer wieder beschäftigen – besonders dann, wenn es um die Arbeitslosenzahlen und den Umgang mit Migrantinnen und Migranten hierzulande geht.

»Prekäre Arbeit« heißt, dass die Arbeitsverhältnisse flexibel und ungesichert sind – das bezieht sich auf das Einkommen, die Sicherheit des Arbeitsplatzes und die Gestaltung der Arbeitszeit. Unter diesen Bedingungen arbeiten überproportional viele MigrantInnen. Einen großen Anteil unter diesen haben wiederum die schätzungsweise eine halbe bis eineinhalb Millionen in Deutschland lebenden illegalisierten Menschen (siehe auch Silke Veth und Florian Weis: Lebens- und Arbeitsverhältnisse von MigrantInnen in Deutschland).

Sie leben praktisch in völliger Rechtlosigkeit – ohne Papiere, d.h. ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. In Anlehnung an die politische Sans Papiers Bewegung werden illegalisierte Menschen auch »OhnePapiere« genannt.

Um nicht aufzufallen, versuchen die OhnePapiere sich so angepasst wie möglich zu verhalten. Jeglicher Kontakt mit Behörden wird gemieden, so dass Krankheiten nicht behandelt, Kinder nicht zur Schule geschickt, einbehaltene Löhne nicht eingeklagt werden können. Ganze Wirtschaftszweige werden von der entrechteten und ausgebeuteten Arbeitskraft der OhnePapiere getragen.

Die Bezeichnung der Menschen, die ein Leben in der Illegalität führen müssen, ist in Europa sehr unterschiedlich. Irregular migrants" oder »undocumented persons« heißen sie in den anglophonen Staaten, im französischen und spanischen Sprachraum sind es die »sans papiers« bzw. »sin papeles« und im Italienischen die »clandestini«. In der Bundesrepublik werden sie meist »Illegale« genannt und so in die Nähe von Kriminellen gerückt. Und genauso werden die OhnePapiere behandelt. Polizei und Bundesgrenzschutz machen in Bahnhöfen, Zügen und Innenstädten mit dem Allround-Instrument »verdachtsunabhängige Kontrollen« Jagd auf sie – oft genug wird dabei nur nach »anderem« Aussehen kontrolliert.

Die so genannte »Zuwanderungsdebatte« erkennt zwar an, dass die BRD ein Einwanderungsland ist. Doch besteht kein Grund, darin eine progressive Wende zu sehen. Aus der alten Forderung nach einem Einwanderungsgesetz wurde unter Innenminister Schily ein Gesetzesvorschlag, der MigrantInnen nur danach beurteilt, ob sie dem »Standort Deutschland« nützen. Solange aber Wohlstand und Ressourcen auf der Welt ungerecht verteilt sind, wird und muss es Wanderungsbewegungen geben. Und die Abschottung der privilegierten Länder drängt diese Migration in »illegale« Formen ab.

Der Status der Duldung soll abgeschafft werden, bei Abschiebehindernissen sollen die Betroffenen in so genannten »Ausreisezentren« untergebracht werden, die nichts anderes als Abschiebegefängnisse sind. Dass auch das Asylbewerberleistungsgesetz eingeschränkt und das Nachzugalter für Kinder von 16 auf 14 Jahre herabgesetzt werden soll, fällt da schon fast nicht mehr auf.

Die Anerkennung von nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung sind in diesem Gesamtpaket nur kleine Zugeständnisse, der repressive Kern bleibt. Die nach dem 11. September 2001 durchgesetzten Sicherheitspakete stellen alle »AusländerInnen« unter Generalverdacht. Deren Erfassung und Überwachung,

u.a. seit Jahren vom Ausländerzentralregister in Köln betrieben, wird in Zukunft noch größere Ausmaße annehmen.

Für unser Dossier versuchten wir von verschiedenen Gruppen und Institutionen einen Überblick über die Lage von MigrantInnen in der Bundesrepublik zu erhalten und gleichzeitig ihre Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt einzuordnen.

Einen Überblick über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse von MigrantInnen in der BRD geben zunächst Silke Veth und Florian Weis von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Neben der Geschichte der Migration in der Bundesrepublik kommt hier die spezifische Situation von MigrantInnen ebenso zu Wort wie die Auswirkung aktueller politischer Maßnahmen. <[http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/02\\_verhaeltnisse.html](http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/02_verhaeltnisse.html)>

Die Position der Gewerkschaften und die Aufgaben und Ziele der Bildungsarbeit des DGB-Bildungswerkes legt Klemens Büsch, der Öffentlichkeitsreferent des Arbeitsbereichs »Migration und Qualifizierung« dar. In seinem Beitrag »MigrantInnen und Gewerkschaften« werden gewerkschaftliches Engagement und antirassistische Arbeit verbunden. <[http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/03\\_gewerkschaften.html](http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/03_gewerkschaften.html)>

In einem kurzen Beitrag stellt Katharina Hamann die Kampagne Wir sind unter euch. Recht auf Legalisierung der »Gesellschaft für Legalisierung« vor, die sich aus unterschiedlichen Gruppen der Flüchtlings(selbst)hilfe gebildet hat. Die Kampagne fordert, dass alle Menschen das Recht haben dort zu leben, wo sie wollen, mit allen Rechten. Und damit fordern sie soziale und politische Rechte für MigrantInnen mit und ohne Papiere und die Förderung von Legalisierungsmöglichkeiten. Zur Sprache kommen neben konkreten Handlungsansätzen auch die verschiedenen Aktionsfelder der Kampagne sowie die Vorstellung einzelner Texte der Kampagne zu verschiedenen Themenfeldern wie Haus- und Sexarbeit von illegalisierten Frauen und dem momentan diskutierten Au-Pair Mädchenhandel. <[http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/04\\_unter\\_euch.html](http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/04_unter_euch.html)>

Norbert Cyrus von der Universität Oldenburg befasst sich in seinem Text mit der rechtlichen Situation von ArbeitsmigrantInnen. Hier wird am konkreten Beispiel des Projektes ZAPO (Zentrale Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa) in Berlin – mittlerweile wegen Mittelkürzungen eingestellt – erläutert, wie ein anderer Ansatz im Umgang mit ArbeitsmigrantInnen aussehen könnte: Unterstützung statt Kontrolle. <[http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/05\\_rechtlos\\_auf\\_arbeit.html](http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/05_rechtlos_auf_arbeit.html)>

Die daran anschließende Reportage aus dem »Kein Mensch ist illegal!« – Netzwerk (KMII) berichtet über das Leben einer Gruppe rumänischer Landarbeiterinnen, die sich erfolgreich gegen die ausstehenden Lohnzahlungen und die schlechte Behandlung durch einen deutschen Bauern wehrten. <[http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/06\\_keinen\\_lohn.html](http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/06_keinen_lohn.html)>

Das Projekt »Everyone is an expert! – Jeder Mensch ist ein Experte!« – EXPERTBASE.NET wird in einem weiteren Text von Daniela Schmohl vorgestellt. Ausgehend von der Diskussion um »nutzbringende Ausländer« in Form von IT-ExpertInnen wurde von AktivistInnen des KMII-Netzwerkes zunächst in Zusammenarbeit mit NetzkünstlerInnen ein Datenbankprojekt zur Präsentation von migrantischen ExpertInnen durchgeführt. Mittlerweile begleiten die MedienaktivistInnen die unterschiedlichsten Aktionen und Veranstaltungen der antirassistischen Gruppen europaweit. Sie ermöglichen die Umsetzung ihrer Hauptforderung: Kommunikation zu jeder Zeit, für jeden Menschen, an jedem Ort. <[http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/07\\_expertbase.html](http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/07_expertbase.html)>

Eine weitere Projektvorstellung stammt von »Hands on work«, einem Hamburger Qualifizierungsprojekt für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen, die mit besonderer Unterstützung des Vereins Woge e.V. die Möglichkeit haben, praktischen und theoretischen Unterricht zu erhalten. <[http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/08\\_hands\\_on\\_work.html](http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/08_hands_on_work.html)>

Die Linkliste stellt eine Möglichkeit zur weiteren Recherche dar. Wie immer befinden sich auch im Anschluss an die einzelnen Texte und Interviews Links, Literatur- und Videohinweise, die direkt auf die Arbeit der einzelnen Gruppen und Personen verweisen bzw. weitere Rechercheansätze darstellen. <[http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/09\\_links.html](http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/09_links.html)>

## **2. Lebens- und Arbeitsverhältnisse von MigrantInnen in Deutschland**

von Silke Veth und Florian Weis

### **1. Migrantinnen und Migranten sind vielfältig**

Wenn wir von Migrantinnen und Migranten, Migration und Menschen mit Migrationshintergrund schreiben, benutzen wir damit einen Sammelbegriff für eine äußerst unterschiedliche Gruppe von Menschen. MigrantInnen unterscheiden sich untereinander in vielerlei Hinsicht: In der Dauer ihres Lebens in Deutschland (oder auch das ihrer Eltern und Vorfahren), in ihren Herkunftsländern (oder denen ihrer Eltern und Vorfahren), ihrer Mutter- oder Hauptsprache (in vielen Fällen Deutsch), ihrer sozialen Situation, ihrem rechtlichen Status (der von weitgehender Rechtlosigkeit bei einem illegalen Aufenthalt bis hin zur deutschen Staatsbürgerschaft bei eingebürgerten MigrantInnen und Aussiedlern reichen kann), ihrer kulturellen und religiösen Orientierung, ihres Geschlechtes und nicht zuletzt ihren ganz persönlichen Lebensumständen. MigrantInnen sind also keine einheitliche Gruppe. Sie verbindet aber, dass sie oder ihre Vorfahren aus einem anderen Land stammen und dass sie – wiederum ganz unterschiedlich starken – Ausgrenzungen, Diskriminierungen und Rassismus von beträchtlichen Teilen der Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt sind.

Die Gruppe der MigrantInnen im Sinne der (nichtdeutschen) Staatsbürgerschaft umfasst seit mehreren Jahren konstant zwischen 7 und 7½ Millionen Menschen, Ausländer im Sinne der Ausländergesetze. Menschen mit Migrationshintergrund gibt es weit mehr, Eingebürgerte und Aussiedler wären hier zu nennen. Umgekehrt sind viele der MigrantInnen ohne deutsche Staatsbürgerschaft fest in Deutschland verwurzelt und würden daher in anderen Ländern mit einer weniger abstammungsfixierten Staatsbürgerschaft wohl längst als Einheimische gelten. Das Staatsangehörigkeitsrecht, das im Jahre 2000 in verwässerter Form eines Kompromisses von SPD/Grünen und FDP im Bundesrat in Kraft trat, hat manche Verbesserungen mit sich gebracht (z.B. Einbürgerungsmöglichkeit nach 8 statt bisher nach 15 Jahren, grundsätzliche Einbürgerungsmöglichkeit für hier geborenen Kinder), aber auch wesentliche Mängel: Die doppelte Staatsangehörigkeit ist grundsätzlich nicht vorgesehen, der Erwerb der Staatsbürgerschaft ist bei Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfebezug drastisch erschwert worden. Jahr für Jahr erwerben derzeit etwa 180.000 Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft. Das heißt, es gibt seit den achtziger Jahren eine quantitative Zunahme, die jedoch weit unter den Erwartungen, die die Bundesregierung hatte, liegt.

## **II. Migration ist "normal"**

Migration ist für Deutschland überhaupt keine neue Erscheinung, auch wenn die öffentliche Debatte bis vor kurzem den Eindruck erweckte, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Richtig ist vielmehr, dass Deutschland über Jahrhunderte hinweg ein Land von Ein-, Durch- und Auswanderung war und dass es einen ethnisch eindeutigen Deutschen nicht gab und gibt. Die Gründe für die Ein- und Auswanderung nach und aus Deutschland sind wiederum vielfältig: Persönliche, politische, soziale und wirtschaftliche. Armut, die Suche nach Arbeit und einer besseren Zukunftsperspektive waren für die Auswanderer aus Deutschland und anderen europäischen Ländern (z.B. Irland, Italien, Polen), die vor allem im 19. Jahrhundert in die USA, aber auch nach Argentinien, Australien und andere Länder auswanderten, genauso wichtige Gründe wie für die meisten Menschen, die heute aus Mittel- und Osteuropa sowie vor allem aus Afrika, Lateinamerika und Asien in die Europäische Union einwandern.

Im 19. Jahrhundert wanderten z.B. viele Menschen aus dem heutigen Polen in das Ruhrgebiet ein, wo sie in der wachsenden Metallindustrie und den Bergwerken arbeiteten. Im Bewusstsein der Behörden des kaiserlichen Deutschlands, aber auch vieler BürgerInnen waren die fremdsprachigen, katholischen PolInnen kaum weniger fremd und wurden ebenso misstrauisch betrachtet und vielfach diskriminiert wie in den siebziger und achtziger Jahren die türkischen ZuwanderInnen nach Deutschland. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland lassen sich verschiedene Phasen der Zuwanderung und der Debatten um Migration ausmachen. Unmittelbar nach 1945 kamen unter schwierigsten sozialen und wirtschaftlichen Umständen mehr als 10 Millionen (zumeist deutschsprachige) Flüchtlinge aus ehemals von Deutschland beherrschten Gebieten in die Bundesrepublik, weit mehr als in jeder anderen Migrationswelle vorher und später. Ab 1955 warben Staat und Wirtschaft gezielt »Gastarbeiter« aus dem Ausland (Italien, Griechenland, Portugal, Spanien, Türkei, Jugoslawien u.a.) an. Zunächst kamen zumeist junge Männer, die für einfache Industriearbeiten in der boomenden Nachkriegswirtschaft gesucht wurden und die nach wenigen Jahren, manchmal auch nur Monaten, in ihre Heimatländer zurückkehren sollten. In den sechziger Jahren kamen auch Arbeiterinnen, z.B. für die Textilindustrie. Die »Gastarbeiter« blieben länger und begannen, ihre Familien nachzuholen, verstärkt seit 1973, als der »Anwerbestopp« die Möglichkeit der Arbeitsmigration nach Deutschland drastisch reduzierte. In der Folge wurden aus Gastarbeitern Einwanderer, ohne dass die deutsche Mehrheitsgesellschaft dies lange Zeit akzeptieren wollte, obwohl eine neue Generation von »Ausländern« in Deutschland geboren wurde und aufwuchs.

In den achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre kam eine wachsende Gruppe von AsylbewerberInnen nach Deutschland, obgleich nur ein sehr kleiner Teil der weltweit flüchtenden Menschen Europa oder gar Deutschland als Ziel hatte. Die heftige und manchmal hysterische Debatte um die AsylbewerberInnen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren, führte 1993 zur drastischen Einschränkung des Asylrechtes im Grundgesetz. Infolgedessen sanken die Asylantrags- und Asylanerkennungszahlen, aber gleichzeitig stieg die Zahl der AsylbewerberInnen in anderen EU-Staaten und in Deutschland nahm die Zahl von Menschen, die illegal hier leben, zu.

Eine erhebliche Zuwanderung fand in diesem Zeitraum durch SpätaussiedlerInnen aus Osteuropa statt, die jedoch als Deutsche gelten und daher eine ungleich bessere rechtliche Situation als die anderen MigrantInnen haben. Soziale und Integrationsprobleme erleben jedoch auch die AussiedlerInnen.

Auch die DDR holte Arbeitskräfte aus Vietnam, Angola, Kuba in ihr Land – wenn auch im Rahmen der »sozialistischen Bruderhilfe«. Ziel war zunächst ihre Ausbildung; sukzessive wurden ihnen aber immer stärker unqualifizierte Aufgaben zugewiesen. Ihre Integration in die Gesellschaft wurde kaum befördert. Nach 1990 versuchte die Bundesregierung diese Menschen in ihre Länder zurückzuschicken. Wenige schafften es, sich auf Grund ihrer erworbenen Rechte einen Aufenthaltstatus in Deutschland zu sichern.

## **III: Zur spezifischen Rolle von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt**

Weltweit migrieren und flüchten weit mehr Frauen als Männer. Aufgrund der ungleichen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und ihrem ungleichen Zugang zu Ressourcen wird von einer »Feminisierung der Armut« gesprochen. »Frau-Sein« und »Ausländerin-Sein« zieht spezifische Ausschlüsse nach sich. Das Bild der Migrantin ist geprägt von der manchmal gut gemeinten, aber letztlich diskriminierenden Vorstellung einer »Dritte-Welt-Frau«, die unterdrückt, abhängig, hilflos und ungebildet ist. Damit werden ihnen eigene Handlungsmöglichkeiten per se abgesprochen.

Der kontinuierlich wachsende Dienstleistungsbereich zeigt deutlich die Aufteilung des Arbeitsmarktes. Je höher die Qualifizierung, die Absicherung und die Bezahlung sind, desto weißer und männlicher ist die Belegschaft.

Demgegenüber besteht die Mehrheit der prekariert, d.h. hinsichtlich des Einkommens, der Arbeitsplatzsicherheit, der Arbeitszeit flexibel und ungesichert, im Dienstleistungsbereich Beschäftigten aus Frauen. Darunter sind Migrantinnen überproportional vertreten, und unter diesen wiederum, die schätzungsweise ½ bis 1 ½ Millionen in Deutschland lebenden illegalisierten Menschen. Sie putzen, kochen, servieren, leisten Sexarbeit, betreuen Kinder und Alte in den Haushalten.

Gerade diese Beschäftigung von Frauen ohne Papiere in privaten Haushalten hat in den letzten Jahren konstant zugenommen. Es findet eine so genannte Arbeitsteilung unter Frauen statt, d.h. die Frauen zugeschriebene Verantwortlichkeit für Haushalt und Sorgeaufgaben wird z.T. an migrantische Frauen abgegeben. 2000 gründete sich auch in Deutschland ein Netzwerk der Selbstorganisation und Unterstützung der Hausarbeiterinnen. Ein weiteres Arbeitsfeld, in dem seit den 1990er Jahren immer mehr Migrantinnen tätig sind, ist die Sexarbeit – einige freiwillig, andere werden zur Prostitution gezwungen.

Auch männliche und legal in Deutschland lebende Migranten sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen oder im Niedriglohnbereich beschäftigt. Dies hängt u.a. mit der Tätigkeit der früheren Gastarbeiter in den Industrien zusammen, die zunehmend Personal abbauen. Unter diesen migrantischen Industriearbeitern waren die Gewerkschaften, vor allem die IG Metall, stark vertreten. Im öffentlichen Dienst sind MigrantInnen immer noch sehr schwach vertreten, zunehmend mehr dagegen unter kleinen und mittleren Selbstständigen.

Dies sind freilich nur allgemeine Aussagen: So wenig wie alle Frauen schlechter gestellt sind als Männer oder nur Opfer, so wenig gilt dies für alle MigrantInnen, zu denen ja, formal gesehen, auch Manager aus der EU oder den USA oder Computer-SpezialistInnen mit einer Greencard gehören. MigrantInnen sind jedoch in der Tendenz stärker von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung betroffen als NichtmigrantInnen.

#### **IV: Aktuelle politische Maßnahmen wirken sich für MigrantInnen spezifisch aus**

Migrantinnen und Migranten sind nicht nur von unmittelbar auf sie zielenden Gesetzen und politischen Debatten wie der um Zuwanderung und Staatsangehörigkeit betroffen. Auch allgemeine politische Maßnahmen wie die vielen so genannten Reformen in den Bereichen Rente, soziale Sicherheit, Gesundheitsversorgung und Arbeitsmarktpolitik beinhalten Verschlechterungen für MigrantInnen. So birgt z.B. das »Hartz IV«-Paket die Gefahr, dass langzeitarbeitslose MigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern ihr Aufenthaltsrecht in Deutschland verlieren könnten.

Die Kontroverse um das so genannte Zuwanderungsgesetz verschleiern, dass es sich hierbei im Wesentlichen um ein Zuwanderungsbegrenzungsgesetz handelt, bei dem die Unterschiede zwischen SPD und CDU/CSU so groß wie dargestellt gar nicht sind. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht einige Verbesserungen für lange hier lebende MigrantInnen und für Flüchtlinge als Opfer nichtstaatlicher Gewalt, vor allem Frauen, vor. Der Entwurf beinhaltet jedoch auch Verschlechterungen für bisher geduldete MigrantInnen (z.B. Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien und dem Kosovo) und ändert nichts an der Situation der illegal in Deutschland lebende Menschen und ihrer UnterstützerInnen. Wirkliche Zuwanderung möchte die Regierung vermeiden, auch solche aus den Ländern, die ab Mai 2004 Mitglied der EU werden. Aus diesem Grund sollen Menschen aus Polen, Tschechien und anderen Beitrittsländern bis 2011 kein Arbeitsrecht in Deutschland erhalten. Andere EU-Länder, Großbritannien, die Niederlande oder Schweden gewähren dieses Arbeitsrecht für die neuen EU-BürgerInnen schon ab 2004.

Silke Veth (eMail: [veth@rosalux.de](mailto:veth@rosalux.de)) und Florian Weis (eMail: [weis@rosalux.de](mailto:weis@rosalux.de))  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

#### **Einige Links und Hinweise:**

Schwerpunkt der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema Gender: Sammlung von Texten, Veranstaltungsankündigungen und Seminarpapiere sowie weiterführende Linklisten:  
<[www.rosaluxemburgstiftung.de/Themen/gender/index.htm](http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Themen/gender/index.htm)>

Schwerpunkt der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema Migration: Sammlung von Texten, Veranstaltungsankündigungen und Seminarpapiere sowie weiterführende Linklisten:  
<[www.rosaluxemburgstiftung.de/Themen/migration/index.htm](http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Themen/migration/index.htm)>

ver.di, Arbeitskreis Migration:  
<[www.verdi.de/migration](http://www.verdi.de/migration)>

Netzwerk Migration in Europa:  
<[www.network-migration.org/d/netzwerk/index\\_selbstdarstellung.htm](http://www.network-migration.org/d/netzwerk/index_selbstdarstellung.htm)> <http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/www.rosaluxemburgstiftung.de/Themen/migration/>

### **3. MigrantInnen und Gewerkschaften - Partner in der Arbeitswelt**

von Klemens Büsch

Seit Juli 2001 gibt es ein neues Betriebsverfassungsgesetz. Dieses Wort klingt nach Bürokratie, Papierkrieg und Verwaltungsapparat. Tatsächlich ist dieser Text aber für jede Betriebsrätin und jeden Betriebsrat Gold wert. Das neue Betriebsverfassungsgesetz enthält unter anderem auch einige Passagen, die dem Betriebsrat eine Grundlage geben, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Betrieb vorzugehen.

So legt das Gesetz fest, dass es zu den allgemeinen Aufgaben eines Betriebsrates gehört, »die Integration ausländischer Arbeitnehmer im Betrieb und das Verständnis zwischen ihnen und den deutschen Arbeitnehmern zu fördern sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb zu beantragen«. Außerdem können - so das Gesetz - Maßnahmen zur Integration Gegenstand von Betriebsvereinbarungen sein. Und schließlich muss der/die ArbeitgeberIn mindestens einmal in jedem Kalenderjahr in einer Betriebsversammlung über den Stand der Integration der im Betrieb beschäftigten ausländischen ArbeitnehmerInnen berichten.

Das steht auf dem Papier. Dies mit Leben zu füllen und in ganz konkrete Schritte und Maßnahmen im Betrieb umzusetzen, das ist die nicht ganz einfache Aufgabe der BetriebsrätInnen. Bei dieser Arbeit finden sie allerdings Unterstützung beim DGB Bildungswerk. In dessen Bereich Migration & Qualifizierung gibt es u.a. Seminare, in denen ganz genau erklärt wird, was das Gesetz bedeutet. Wie man dann Sachen konkret umsetzt, wird an Beispielen gezeigt.

Beispiele dafür, wie sich GewerkschafterInnen und andere AkteurInnen aus der Arbeitswelt gegen Rassismus am Arbeitsplatz und für die Chancengleichheit von MigrantInnen einsetzen, gibt es so viele, dass auf der Internetseite des Bereichs unter eine Datenbank angelegt wurde. Jedes Projekt oder jede Aktion hat ein eigenes »Porträt«, das neben der Beschreibung dessen, was gemacht wurde, z.B. auch Kontaktadressen enthält. Hier findet sich auch eine Sammlung von Betriebsvereinbarungen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und zu partnerschaftlichem Verhalten am Arbeitsplatz.

Gewerkschaftliches Engagement für ArbeitsmigrantInnen hat eine lange Tradition: Erster Ansatzpunkt war das gewerkschaftliche Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit«. Daneben wurde durchgesetzt, dass der rechtliche Rahmen, der das Zusammenleben im Betrieb regelt, nicht nach Nationalitäten unterscheidet. So haben seit 1972 alle ausländischen ArbeitnehmerInnen das aktive wie passive Wahlrecht bei Wahlen zu den Betriebs- bzw. Personalräten. Bei den Sozialwahlen (hierbei wählen die Versicherten/RentnerInnen und die ArbeitgeberInnen ihre VertreterInnen in die Vertreterversammlung des jeweiligen Versicherungsträgers) gilt das passive Wahlrecht allerdings erst seit 1992.

Die Positionen der Gewerkschaften zu den aktuellen migrations- und integrationspolitischen Fragen werden dementsprechend nicht für sondern mit den in den Gewerkschaften aktiven ausländischen KollegInnen bzw. KollegInnen mit Migrationshintergrund erarbeitet.

Zu nennen wären da z.B. die Positionen, die der DGB im Hinblick auf ein neues Zuwanderungsgesetz vorgestellt hat. Der DGB fordert hierbei eine »gestaltende Einwanderung«. Das bedeutet eine Steuerung, die Rücksicht nimmt auf die gegenwärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt und auf die sozialen Bedürfnisse der deutschen und ausländischen Bevölkerung in Deutschland.

Die Sozialpartner (die Verhandlungspartner bei Tarifverträgen; ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen oder deren Verbände) sollen bei der Regelung einbezogen werden, weil Migration Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat und die Integration in den Arbeitsmarkt (Zugang zu Arbeitsplätzen und zu Aus- und Weiterbildung) von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung eines friedlichen Zusammenlebens ist.

Eine solche Gestaltung der Migration hat z.B. auch Auswirkungen auf die Einstellung von Arbeitskräften, die sich illegal in Deutschland aufhalten, wie das etwa im Baugewerbe, im Gaststättengewerbe, im Landbau und in privaten Haushalten geschieht. Zur Überwindung dieser Praktiken des Menschenhandels und der Ausbeutung müssen einerseits den Beschäftigten Anreize geboten werden, um das illegale Beschäftigungsverhältnis zu beenden und andererseits muss den ArbeitgeberInnen der Anreiz genommen werden, »Illegale« unter Sozialdumpingkonditionen (das Unterlaufen von sozialen Standards aus Profitgründen) zu beschäftigen.

Letzteres kann z.B. schon dadurch geschehen, dass die Menschen, die unter solchen Bedingungen angestellt sind, nicht auf die Rechte verzichten, die ihnen auch in solch einem Arbeitsverhältnis zustehen. Nur wissen die meisten nichts von diesen Rechten. Um dem abzuhelpen, hat der Bereich Migration & Qualifizierung eine Broschüre herausgegeben, in der genau erklärt wird, welche Rechte diese ArbeitnehmerInnen haben. Die Publikation »Rechte aus dem Arbeitsverhältnis. ArbeitnehmerInnen ohne Aufenthalts- und/oder Arbeitserlaubnis« findet man im Internet unter: .

Und dies ist nur eines der vielen Bildungsangebote, die das DGB Bildungswerk für das Themenfeld Migration, Integration, Antidiskriminierung anbietet. So wie auch »Betriebsverfassungsgesetz«, »Betriebsvereinbarung« und »gestaltende Einwanderung« nur Schlaglichter auf das Themenfeld Migration und Arbeitswelt sind und nur ein kleiner Ausschnitt des politischen Engagements des DGB und seiner Gewerkschaften im Einwanderungsland Deutschland.

Klemens Büsch  
Öffentlichkeitsreferent  
Bereich "Migration und Qualifizierung"  
<[www.migration-online.de](http://www.migration-online.de)>

DGB Bildungswerk e.V.  
Hans-Böckler-Straße 39  
D-40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211-4301-192  
Fax: 0211-4301-137

<[www.dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-bildungswerk.de)>

#### **Einige ausgewählte Links zum Bildungsangebot des DGB Bildungswerks:**

##### **Rechte aus dem Arbeitsverhältnis Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ohne Aufenthalts- und/oder Arbeitserlaubnis**

Die Mitteilung gibt ausführlich Auskunft darüber, welche Rechte aus dem Arbeitsverhältnis auch diejenigen Personen haben, die ohne Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis arbeiten.

<[http://www.migration-online.de/publikation.html?\\_=f917a1b434923&id=4238](http://www.migration-online.de/publikation.html?_=f917a1b434923&id=4238)>

##### **Broschüre "Rechte aus Sozialversicherungsabkommen für MigrantInnen aus der Türkei"**

Die Mitteilung No. 14 aus der Reihe "Migration und Arbeitswelt" berichtet über die Leistungen für türkische Staatsangehörige auf Grundlage des Sozialversicherungsabkommens zwischen Deutschland und der Türkei.

<[http://www.migration-online.de/publikation.html?\\_=f917a1b434923&id=4292](http://www.migration-online.de/publikation.html?_=f917a1b434923&id=4292)>

##### **Die soziale Gestaltung der Osterweiterung der EU. Zur Verantwortung von EU, Staaten und Zivilgesellschaft**

Tagungsdokumentation "Die soziale Gestaltung der Osterweiterung der EU - Zur Verantwortung von EU, Staaten und Zivilgesellschaft" zur Deutsch-Polnischen Tagung vom 26. bis 28. Oktober 2001 in Mülheim an der Ruhr.

<[http://www.migration-online.de/publikation.html?\\_=f917a1b434923&id=4269](http://www.migration-online.de/publikation.html?_=f917a1b434923&id=4269)>

##### **Wer kämpft, kann verlieren - wer nicht kämpft, hat schon verloren! Aktiv gegen Rassismus - Aktionsformen für die Arbeitswelt**

Es gibt viele gute Beispiele, sich aktiv für Chancengleichheit und gegen Fremdenfeindlichkeit in der Arbeitswelt zu engagieren! Der Bereich Migration & Qualifizierung des DGB Bildungswerkes hat daher die Handreichung "Aktiv gegen Rassismus – Aktionsformen für die Arbeitswelt" entwickelt, in der einige Aktionen für Chancengleichheit und gegen Diskriminierung aus der Arbeitswelt vorgestellt werden.

<[http://www.migration-online.de/publikation.html?\\_=f917a1b434923&id=4258](http://www.migration-online.de/publikation.html?_=f917a1b434923&id=4258)>

##### **Berufliche Qualifizierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund - Voraussetzung für Integration**

Tagungsdokumentation: Berufliche Qualifizierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund - Voraussetzung für Integration, Tagung 21.-22.März 2002 in Potsdam

<[http://www.migration-online.de/publikation.html?\\_=f917a1b434923&id=4251](http://www.migration-online.de/publikation.html?_=f917a1b434923&id=4251)>

##### **Rund um Zuwanderung - Fakten und Argumente**

Damit Zuwanderung nicht zum Spielball im Wahlkampf wird, gibt es nur eins: Information. Denn wer informiert ist, kann mitreden und einschätzen, inwieweit scheinbar stichhaltige Parolen zutreffen. Die Diskussion um Zuwanderung ist durchaus gewollt - aber mit sachhaltigen Argumenten und Fakten.

<[http://www.migration-online.de/publikation.html?\\_=f917a1b434923&id=4223](http://www.migration-online.de/publikation.html?_=f917a1b434923&id=4223)>

##### **kommen - bleiben - teilhaben! Anforderungen an die Integrationspolitik**

Dokumentation der Tagung zum UN-Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2002 in Düsseldorf  
Die Tagung des DGB Bildungswerkes mit gleichnamigem Titel gab die Möglichkeit, gemeinsam über die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu diskutieren, die ein solcher Prozess bedingt und über die Forderungen, die die Gewerkschaften daran knüpfen. Daneben wurde vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge die Konzeption der vom neuen Zuwanderungsgesetz vorgesehenen Integrationskurse vorgestellt. In einem dritten Teil ging es um die berufliche Teilhabe von MigrantInnen und Möglichkeiten, diese zu fördern.

<<http://www.migration-online.de/publikation.html?id=4295>>

#### **Weitere Links zum Thema Gewerkschaften und Migration:**

##### **Aktuelle Informationen und Links vom DGB**

Informationen über aktuelle Kampagnen und Aufrufe, aber auch generelle antirassistische Neuigkeiten

<<http://www.respekt.dgb.de/respekt>>

##### **ver.di Gesellschaft für Legalisierung**

Bei der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft hat sich eine Gruppe gegründet, die die Kampagne "Wir sind unter euch" Für ein Recht auf Legalisierung unterstützt. Näheres zu der Kampagne findet sich in diesem Dossier. Hier eine Stellungnahme und eine Pressemitteilung der ver.di Gruppe:

<<http://www.rechtauflegalisierung.de/text/verdi2.html>>

<<http://www.labournet.de/diskussion/wipo/migration/verdi-gfl.html>>

##### **Illegale Beschäftigung am Bau**

Der Artikel aus der Zeitschrift Grundstein widmet sich der besonderen Situation von Illegalisierten im Baugewerbe

<<http://www.expertbase.net/forum/reader/mafioes.html>>

## 4. "Wir sind unter euch" Über die Gesellschaft für Legalisierung

von Katharina Hamann

Im Herbst dieses Jahres haben sich unterschiedliche Flüchtlings- und MigrantInnengruppen sowie antirassistische und feministische Gruppen zur Gesellschaft für Legalisierung zusammengeschlossen. <[www.rechtauflegalisierung.de](http://www.rechtauflegalisierung.de)> Zu den Gruppen gehören unter anderem Kanak Attak <[www.kanak-attak.de](http://www.kanak-attak.de)>, der Polnische Sozialrat e.V., die Medizinische Flüchtlingshilfe <[http://www.aktivgegenabschiebung.de/links\\_medizin.html](http://www.aktivgegenabschiebung.de/links_medizin.html)>, das RESPECT-Netzwerk <[www.respect-netz.de](http://www.respect-netz.de)> und Mujeres sin Rostro (Frauen ohne Gesicht).

Ende Oktober wurde die bundesweite Offensive "Wir sind unter euch" für ein Recht auf Legalisierung von der Gesellschaft gestartet. Im Mittelpunkt stehen die Forderungen und Rechte von illegalisierten MigrantInnen. Den OrganisatorInnen ist es wichtig, nicht nur auf rassistische staatliche Repression zu reagieren, sondern die alltägliche Realität von MigrantInnen und die Bedeutung von Illegalisierungsprozessen ins Zentrum der Politik zu stellen.

Kanak Attak meint zu dieser Schwerpunktverschiebung: "Das Asylrecht hat seine zentrale Bedeutung für Migrationsprozesse längst verloren. Prozesse der Illegalisierung sind an seine Stelle getreten. Der subjektive Faktor der Migration, die Organisation des alltäglichen (Über-)Lebens von MigrantInnen, muss Ausgangspunkt einer antirassistischen Politik werden, die nicht mehr darauf beschränkt wäre, arbeitsteilig auf Gesetzesverschärfungen zu reagieren." [Manuela Bojadzijev, Serhat Karakayali, Vassilis Tsianos (Kanak Attak): Papers and Roses. <<http://www.rechtauflegalisierung.de/text/par.html>>]

In dem Manifest der Offensive heißt es: "Es geht nicht um Integration, nicht um gute und schlechte Ausländer, die sich ihre Chancen verdienen oder sie verlieren - es geht um kollektive Rechte." [Das Manifest der Gesellschaft für Legalisierung zur Offensive <<http://www.rechtauflegalisierung.de/aktuell/gfl.html>>] Damit wendet sich die Legalisierungskampagne gegen andere gut gemeinte Initiativen, die einen bevormundenden Blick auf MigrantInnen haben, und anderen Deutschen erklären, warum "Ausländer eine Bereicherung" darstellen.

Die Grundaussage der Gesellschaft für Legalisierung ist so banal, wie sie radikal ist: alle Menschen haben das Recht dort zu leben, wo sie wollen, mit allen Rechten. Die gesetzliche Realität in Deutschland ist eine andere. MigrantInnen werden vielfältig illegalisiert, beispielsweise können sie nach dem Ende des Studiums oder nach der Scheidung von einem deutschen Partner oder einer Partnerin, wenn noch keine unabhängige Aufenthaltsgenehmigung vorhanden ist, abgeschoben werden. Weiterhin zwingen die quasi geschlossenen Grenzen der Europäischen Union Menschen dazu, illegal einzureisen. Das heißt diese Menschen leben ohne (gültige) Papiere in Deutschland, aber an eben diese Papiere sind viele Rechte gekoppelt. An dem Widerspruch von deutschem Recht, das nicht für alle in Deutschland Lebende gilt, setzen die Mitglieder der Legalisierungsoffensive an, sie wollen "soziale und politische Rechte für MigrantInnen mit und ohne Papiere einfordern und Legalisierungsmöglichkeiten fördern." [Aus: Wie die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft auf Prozesse der Illegalisierung reagiert: <<http://www.rechtauflegalisierung.de/text/verdi2.html>>] Missstände sollen nicht nur angeprangert werden, vielmehr wird versucht Auswege aufzuzeigen. Das kann damit beginnen, dass mit entscheidenden Personen verhandelt wird, solidarische KooperationspartnerInnen, z.B. Ärztinnen und Ärzte, gefunden werden, die bereit sind in einer rechtlichen Grauzone Illegalisierten zu helfen. Oder dass durch öffentlichkeitswirksame Aktionen auf die Unrechte von MigrantInnen aufmerksam gemacht wird.

Ein Bereich, in dem MigrantInnen besonders benachteiligt sind, ist der Arbeitsbereich. Nicht nur ist es MigrantInnen ohne Papiere kaum möglich eine Lohnarbeit zu finden, zusätzlich sind sie dabei häufig rechtlich nicht abgesichert. Was zur Folge hat, dass ArbeitgeberInnen Löhne nicht auszahlen oder Kosten bei Arbeitsunfällen nicht übernehmen, weil sie meinen, Illegalisierte würden sich ohnehin nicht wehren. Da Rechtlosigkeit im Arbeitsumfeld ein zentrales Thema für MigrantInnen ist, wurde zum Auftakt der Offensive Ende Oktober der ver.di-Kongress in Berlin ausgewählt, um dort die Notwendigkeit der Organisation von Illegalisierten zu thematisieren. Innerhalb von ver.di hat sich eine eigene Gesellschaft für Legalisierung gebildet, um in der Gewerkschaft kontinuierlich zu arbeiten und den Forderungen Nachdruck zu verleihen. [Aus: ver.di - Gesellschaft für Legalisierung: Empfehlungen für den Bundeskongress in Berlin Oktober 2003 <<http://www.rechtauflegalisierung.de/text/verdi.html>>]

Sexistische (Arbeits-) Diskriminierung, bzw. genderspezifische Auswirkungen von Migration nehmen innerhalb der Kampagne einen wichtigen Stellenwert ein, in der Textsammlung des Internetauftritts der Legalisierungsoffensive finden sich Texte über Haus- und Sexarbeit von illegalisierten Frauen sowie über den momentan diskutierten Au-Pair Mädchenhandel. Ingrid Jungwirth vom Respect-Netzwerk <[www.respect-netz.de](http://www.respect-netz.de)> spricht sich für einen feministischen Arbeitsbegriff aus, der Reproduktion, "die unsichtbare Arbeit von Frauen", einbezieht und weist darauf hin, dass Migrantinnen durch die Übernahme von Reproduktionstätigkeiten "den einheimischen Frauen bis zu einem gewissen Grad die Emanzipation" ermöglichen. [Aus: Ingrid Jungwirth: Illegalisierung und Arbeit - ein feministischer Einsatz <<http://www.rechtauflegalisierung.de/text/ilarb.html>>]

Die Anliegen der Gesellschaft werden auf unterschiedliche Weise verbreitet. Mit Hilfe von Texten, des Internetauftritts, selbst produzierter Musik, Filmen, Performances und direkten Aktionen sollen die Verhältnisse angegriffen werden, die das Leben in Deutschland rassistisch hierarchisieren. [Aus: Manifest <<http://www.rechtauflegalisierung.de/aktuell/gfl.html>>] Mit "rassistisch hierarchisierend" sind sowohl private Verhaltensweisen als auch Gesetze und Vorgehen von Institutionen gemeint; also jedes Verhalten, das gewollt oder ungewollt eine Dominanz gegenüber MigrantInnen herstellt.

Die Gruppen in den einzelnen Städten arbeiten dezentral, so wird in einigen Städten lediglich eine Filmreihe organisiert, während z.B. in Hamburg gemeinsam mit dem Freien Sender Kombinat <[www.fsk-hh.de](http://www.fsk-hh.de)> Radioaktionen geplant wurden. Das Symbol der Kampagne, von der sicherlich noch weiteres zu hören sein wird, ist die wohlbekannte, karierte Plastiktasche. JedeR, die/der sie trägt soll symbolisch mit dem Motto "Wir sind unter euch" in Verbindung gebracht werden.

### **Links der Gesellschaft für Legalisierung Textsammlung**

Alle Texte, die innerhalb der "Recht auf Legalisierung" Offensive veröffentlicht wurden, u.a. auch die im Text erwähnten zu Gender und illegalisierter Migration.  
<<http://www.rechtauflegalisierung.de/text/text.html>>

### **Aktuelles**

Die aktuellen Aktionen ebenso wie bereits durchgeführte sind hier zu finden. Es können ebenfalls ein kurzer Filmbeitrag von Kanal B über die ver.di Aktion und diverse Pressereaktionen auf die Kampagne aufgerufen werden.  
<<http://www.rechtauflegalisierung.de/aktuell/aktuell.html>>

### **Organising by ver.di**

Eine Einschätzung der Aktion beim ver.di Kongress von respect und kanak attack berlin: Organising by ver.di? Wie die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft auf Prozesse der Illegalisierung reagiert.  
<<http://www.rechtauflegalisierung.de/text/verdi2.html>>

## **5. Rechtlos auf Arbeit?**

von Norbert Cyrus

»Rechtlos auf Arbeit«. So nannte eine Tübinger Initiative vor einigen Jahren eine Broschüre über die Lage von Menschen ohne Aufenthaltsrechte auf dem Arbeitsmarkt. Anhand drastischer Beispiele wurde einerseits die Ausbeutung in der Schattenwirtschaft dargestellt. Andererseits wurde aber auch gesehen, dass allein die Schattenwirtschaft Menschen ohne Aufenthaltsrechte ein Überleben in der Illegalität durch eigene Arbeit ermöglicht. Gleichzeitig wurde auch bemerkt, dass mit schattenwirtschaftlichen Aktivitäten gerade die sozialen Standards unterlaufen und langfristig auch untergraben werden, die eigentlich gehalten und ausgebaut werden sollen. In Deutschland muss heute wahrscheinlich niemand mehr lange suchen, um im eigenen Umfeld solche Arbeitsverhältnisse zu entdecken: Hier kennt man bei Bedarf einen Handwerker, der die Wohnung kostengünstig renoviert. Dort hat eine Bekannte schon lange eine unangemeldete Haushaltshilfe. Aber im Grunde, so tröstet man sich vielleicht, hilft man diesen Menschen zu überleben und zumindest die Bezahlung ist angemessen – was immer das heißen mag. Und schließlich werden die Absprachen doch auch eingehalten, der vereinbarte Lohn tatsächlich ausbezahlt. Und das ist tatsächlich keine Selbstverständlichkeit in der Schattenwirtschaft.

Es kommt nicht gerade selten vor, dass Migrantinnen im Ausland mit falschen Versprechungen für eine Beschäftigung angeheuert und dann um ihren Lohn betrogen werden. In der Regel dringt ein solcher Lohnbetrug nicht an die Öffentlichkeit. Denn betrogene ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter ohne gültige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis gehen davon aus, dass sie keinerlei Rechte haben und keinerlei gesetzlichen Schutz genießen. Diese Annahme ist so nicht zutreffend, aber durchaus begründet: Wenn ein solches Arbeitsverhältnis bei Kontrollen aufgedeckt wird, folgt die Ausweisung oder Abschiebung auf dem Fuße. Die Menschen ohne Aufenthaltsrechte müssen umgehend das Land verlassen. Dass da vielleicht noch Lohn für bereits geleistete Arbeit aussteht, ist für die Behörden nicht weiter von Belang. Rechtlos auf Arbeit eben. Die festgenommenen Arbeitnehmer sehen ihrerseits keine Veranlassung, mit den Behörden zu kooperieren. Sie haben schließlich nichts anderes zu erwarten als die Abschiebung. Betrügerische Arbeitgeber machen sich das manchmal mit voller Absicht zu Nutze: Statt Lohn zu zahlen informieren ganz dreiste Arbeitgeber auch schon mal selber die Behörden, anonym versteht sich. Das Ergebnis für die Arbeitnehmer: Sie werden festgenommen und ausgewiesen. Und für den Arbeitgeber? Wenn überhaupt, dann ein verhältnismäßig kleines Bußgeld. Weil der tatsächliche Umfang der illegalen Beschäftigung nicht ermittelt wird. Für Arbeitgeber rechnet sich die Rechtlosigkeit. Also machen sie weiter und suchen sich neue Opfer. Dieses Prinzip der ausbeuterischen Beschäftigung ist bekannt. Aber wie kann es durchbrochen werden?

Seit einigen Jahren versucht ein Berliner Projekt, diesen Mechanismus zu durchbrechen. Das Projekt :ZAPO: des Polnischen Sozialrat e.V. bietet für Menschen ohne Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, die Opfer von Betrug auf dem Arbeitsmarkt wurden, Beratung und Unterstützung an. Das Motto lautet: Rechtssicherheit und Konfliktfähigkeit stärken. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass in Deutschland selbst Menschen ohne Aufenthaltsrecht arbeitsrechtliche Ansprüche haben und auch durchsetzen können. Völlig unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status besteht Anspruch auf Lohn für geleistete Arbeit. Juristisch heißt das »faktisches Arbeitsverhältnis«. Es ist auch möglich, diese Ansprüche bei den zuständigen Arbeitsgerichten einzuklagen. Dabei sind die Arbeitsgerichte nicht verpflichtet, den Aufenthaltsstatus zu ermitteln. Betrogene Arbeitnehmer können sich zudem durch Dritte in dem Verfahren vertreten lassen. Insgesamt keine schlechten Voraussetzungen, um sich gegen Lohnbetrug zu wehren. Leider sind den Betroffenen selber diese Möglichkeiten kaum bekannt. Und wenn, dann können sie sich nicht vorstellen, dass sie diese Rechte auch tatsächlich in Anspruch nehmen können. Die Angst, abgeschoben zu werden, ist groß. Sehr groß. Zu groß.



Umso mehr Mut machen die Fälle, wo das Projekt :ZAPO: betrogene Menschen ermutigen konnte, erworbene Ansprüche einzuklagen. Einer der vielen von :ZAPO: betreuten Fälle: Das Arbeitsgericht Hannover urteilte am 15. Januar 2003 zugunsten einer illegal beschäftigten Haushaltshilfe ohne Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis aus Polen. Infolge eines Arbeitsunfalls musste eine Fingerkuppe amputiert werden. Die Arbeitgeber, eine Familie aus Lehrte bei Hannover, stritten ab, die Polin beschäftigt zu haben. Vielmehr habe sie als Mitglied einer Wohngemeinschaft Hausarbeiten verrichtet. Das Gericht bezeichnete diese Version als »wenig glaubwürdig« und verurteilte die Familie zur Zahlung des Lohnes, einer Entgeltzahlung im Krankheitsfalle sowie Zinsen (Arbeitsgericht Hannover, Aktenzeichen 13Ca268/02). Die Arbeitgeber legten Berufung ein.

Zusätzlich erkannte die zuständige Berufsgenossenschaft nach Bekanntwerden des Urteils eine Einschränkung der Erwerbsfähigkeit auf Grund des Arbeitsunfalls an. Wenn das Urteil rechtskräftig wird, dann wird die Klägerin auch eine Teilrente erhalten. Rechtlicher Hintergrund dieser Entscheidung ist die Regelung, dass nur der Arbeitgeber Beiträge an die für Arbeitsunfälle zuständige Berufsgenossenschaft abzuführen hat. Es besteht somit ein Unterschied zu den anderen Versicherungen, in die auch die Arbeitnehmer selber Beiträge abführen müssen. Arbeitnehmer haben bei Arbeitsunfall in jedem Fall Anspruch auf Leistungen der Berufsgenossenschaft, denn ein Arbeitnehmer kann nichts für Versäumnisse, die allein beim Arbeitgeber liegen. Zumindest in Deutschland besteht die Möglichkeit, dass eine unangemeldete Haushaltshilfe für alle Fälle bei der Berufsgenossenschaft unfallversichert ist. Das geht ohne Angabe der Person. Allein der Arbeitsort, die Anzahl beschäftigten Personen und die Wochenarbeitszeit muss angegeben werden. Bis zu 15 Wochenstunden sind 45 € pro Jahr fällig, über 15 Wochenstunden sind es 90 €.

Ganz so rechtlos, so das Fazit, sind illegal beschäftigte ausländische Arbeitnehmer also wohl doch nicht. Sie wissen es nur nicht. Die Stärkung von Rechtssicherheit und Konfliktfähigkeit tut Not. Damit würde die illegale Beschäftigung zumindest für ausbeuterische und betrügerische Arbeitgeber riskanter. Denn wenn betrogene Arbeitnehmer ihre Ansprüche rechtsstaatlich durchsetzen können, dann wird sich der Anreiz zur illegalen Beschäftigung gerade für diese ausbeuterischen Arbeitgeber verringern. Das wäre ein deutlicher Beitrag zur Reduzierung der ausbeuterischen Schattenwirtschaft insgesamt. Immerhin. Ansonsten bleibt festzuhalten: Solange es die krassen Unterschiede zwischen Ländern gibt, solange wird es illegale Beschäftigung von Ausländern geben. Denn die kurzfristigen finanziellen Vorteile sind für beide Seiten einfach zu attraktiv.

In Anbetracht der einschüchternden Wirkungen von Kontrollen besteht ein solidarischer Umgang meines Erachtens darin, die Rechtssicherheit und Konfliktfähigkeit aller Arbeitenden zu stärken. Unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus. Denn Standards können nicht gegen, sondern nur mit Arbeitnehmern durchgesetzt werden. Das ist ein Beitrag zur Vermeidung der unseligen Spirale der Unterbietungskonkurrenz und zur Stärkung sozialer Standards. Für alle Arbeitnehmer, auch der Einheimischen. Das mag nicht radikal klingen, eröffnet aber in Anbetracht der dargestellten sozial und politisch verwickelten Situation eine Perspektive, um zumindest einen gesellschaftlichen Schritt in die richtige Richtung vorzunehmen. Es ist vor diesem Hintergrund nicht gerade ermutigend, dass es nicht gelungen ist, für das Projekt :ZAPO: trotz intensiver Bemühungen eine finanzielle Weiterförderung zu finden. So bleibt es also noch ein langer Weg. Weg von der Situation »rechtlos auf Arbeit«.

Norbert Cyrus , Universität Oldenburg

### **Weitere ausgewählte Texte von Norbert Cyrus zum Thema**

#### **EU-Osterweiterung und Arbeitsmigration:**

In diesem Artikel diskutiert Norbert Cyrus politische Herausforderungen, die durch die EU-Osterweiterung entstehen, und entwirft mögliche Handlungsoptionen.

<<http://www.gruene-berlin.de/wirtschaft/papiere/EU-Osterweiterung/Cyrus.htm>>

#### **Unterstützung statt Kontrollen**

Der unterstützende Ansatz - Ein Konzept für die Durchsetzung tariflicher Standards auf den deutschen Arbeitsmärkten unter Beachtung sozialer und grundrechtlicher Standards

<<http://www.expertbase.net/forum/reader/cyrus.html>>

#### **Literaturhinweis**

##### **Studien zur Arbeitsmigration aus Polen**

Joana Korczynska vom Institut Arbeit und Soziale Angelegenheiten der Warschauer Universität verteidigte ihre Dissertation zur Arbeitsmigration in der Landwirtschaft im Dezember 2002. Sie befragte 240 Personen, von denen 65% die drei Monate Saisonarbeit voll in Anspruch nahmen: 50% der Personen kommen vom Land oder aus kleinen Städten und kennen die Landarbeit gut. 50% haben eine Fachschulausbildung, 40% einen Mittelschulabschluss und technische Berufe wie Schlosser oder Klempner. Zehn Prozent sind selber Landwirte. Die meisten der Befragten erhielten 8 DM pro Stunde, einige auch 7 DM. Zwischen 70 und 75% erhielten die Arbeit über private Kontakte, nicht übers Arbeitsamt. Die Befragten betonten den Nutzen der Saisonarbeit für sich und den Unternehmer. In Polen kommen die östlichen Nachbarn auf Saison in die Landwirtschaft, aus der Ukraine oder Belarusland. Sie haben meistens Hochschulabschlüsse.

Korczynska, Joana: Reisen polnischer Saisonarbeiter nach Deutschland. Auswertung von Fragebögen. In: Grenzüberschreitende Beschäftigung, Dirk Höhner, Kowa-Schriftenreihe, Frankfurt/ Oder 1997.

Korczynska, Joana: Individuelle Kosten und Nutzen der Saisonarbeit von Polen in Deutschland. Analyse und Ergebnisse einer empirischen Untersuchung von 1999/2000, in: Pallaske, Ch., Die Migration von Polen nach Deutschland, IFER, Baden-Baden 2001.

## 6. "Jetzt habe ich Deutschland kennen gelernt. Einen Monat hab ich gearbeitet und keinen Lohn erhalten."

von Gerda Heck

Es ist ein diesiger Freitagnachmittag im Oktober. Wir sind nach mehr als einer Stunde Fahrt in der Kleinstadt Chisineu-Cris, nicht weit von der Kreisstadt Arad entfernt, angekommen. Hier erwarten uns fünf rumänische Frauen für ein Interview. Sie hatten im Jahr zuvor als Wanderarbeiterinnen auf südhessischen Spargelfeldern gearbeitet. Die Tür des kleinen Apartments öffnet eine junge Frau. Alina, die Tochter des Hauses, begrüßt uns: "Guten Tag, kommen Sie herein, wir erwarten Sie schon." Im Wohnzimmer ist der Kaffeetisch gedeckt, auf dem Sofa in der Ecke und um den Tisch herum sitzen die Frauen. Ana O., die Hausherrin, beginnt zu erzählen.

Seit 1992 war sie jedes Frühjahr zur Spargelernte im hessischen Lampertheim. Das Geld, das sich in diesen zwei Monaten als Saisonarbeiterin auf deutschen Feldern verdienen lässt, übersteigt das durchschnittliche Jahreseinkommen in Rumänien. Und so gehen sie, die Familie und die Nachbarinnen jährlich, wenn möglich, für zwei bis drei Monate zur Saisonarbeit außer Landes, um ihr Einkommen aufzubessern und Geld für Extraanschaffungen zu verdienen. 5,28 Euro pro Stunde ist der gesetzliche Mindestlohn für Saisonarbeiter in Deutschland. Von diesem Mindestlohn werden in der Regel Kost und Logis abgezogen, übrig bleiben ca. 1100 Euro für zwei Monate Arbeit auf dem Spargelfeld. "Wir erhalten nie den festgeschriebenen Mindestlohn. Am Ende gehen wir meistens mit 3,50 Euro Stundenlohn nach Hause. Aber das ist immer noch das siebenfache des Lohns hier in Rumänien," sagt Frau O. "Wir wissen, dass das Ausbeutung ist", fügt Juliana T. hinzu: "Aber wir brauchen dieses Geld dringend für unser Auskommen, die wirtschaftliche Lage hier in Rumänien ist eine Katastrophe, also nehmen wir das in Kauf."

Szenenwechsel: Lampertheim, Hessen. Jedes Jahr am zweiten Juniwochenende findet hier das dreitägige Spargelfest statt, um den Abschluss der Ernte zu feiern. Lampertheimer Spargel genießt nicht nur bei Feinschmeckern einen ausgezeichneten Ruf da kaum eine andere Anbauregion das Gemüse so günstig anbietet, wie die hessische Spargelstadt.

Jedes Jahr wirbt Bauer S. beim lokalen Arbeitsamt osteuropäische SaisonarbeiterInnen für seine Ernte an. Und so reisen im Frühjahr 2002, vermittelt durch die Zentrale Arbeitsvermittlung (ZAV) 18 rumänische Frauen zur Spargelernte aus der Gegend um Arad an. Die Arbeitsverträge sehen 60 Arbeitstage und den gesetzlichen Mindestlohn vor. In der ersten Woche erhalten die Frauen keine Verpflegung, sie ernähren sich von ihrem Reiseproviand; die Unterkunft ist miserabel und erst nach drei Tagen bekommen sie Bettwäsche. Bauer S. beansprucht trotzdem 8 Euro pro Tag für Kost und 6,22 Euro für Unterkunft vom Lohn der Erntehelferinnen, obwohl der vorgeschriebene Höchstsatz für Verpflegung 2,51 Euro und für Logis 1,55 Euro pro Tag beträgt. Die Arbeit ist hart und den ersten Lohn von 50 Euro bezahlt der Bauer auf Drängen der Arbeiterinnen erst nach zwei Wochen. Dafür kaufen sich die Frauen zunächst einmal die für die Feldarbeit nötigen Gummistiefel und Gummihandschuhe.

Nach knapp einem Monat sind die Spargelfelder abgeerntet. Bauer S. verlautbart, er habe keine Arbeit mehr. Auch auf mehrfaches Nachfragen hin, macht er weder Angaben zur Höhe des Lohnes, noch wann er ihn auszahlen möchte. All dies stimmt die Arbeiterinnen misstrauisch und sie beschließen abzureisen. Kurz vor der Abreise zahlt er den Frauen, anstatt des ihnen zustehenden Lohns (in willkürlicher Manier) zwischen 250 und 350 Euro aus. In den von ihm ausgestellten Lohnabrechnungen zieht er neben Unterkunfts- und Verpflegungskosten nie geleistete Sozialversicherungsbeiträge ab. Außerdem bezahlt er weder die geleisteten Überstunden noch Wochenendtarif.

"Wir sind zwar einfache Leute, aber wissen trotzdem, was uns zusteht", sagt Frau O. Und so kommt es, dass sie am Rückreisetag dem Bauern ihre von ihm vorenthaltene Lohnabrechnung entwendet. Gemeinsam mit einer Kollegin legt sie beim örtlichen Arbeitsamt Beschwerde über die vorzeitige Kündigung, die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen sowie die geringen Lohnsummen aller Frauen ein. Der Mitarbeiter des Arbeitsamtes protokolliert die Beschwerde und gibt den Frauen die Telefonnummer der Beratungsstelle für osteuropäische WanderarbeiterInnen, :ZAPO: (Zentrale Anlaufstelle für Pendler und Pendlerinnen aus Osteuropa) in Berlin. Zu Hause angekommen setzen die Frauen sich mit der :ZAPO: in Verbindung und reichen mit Unterstützung der Beratungsstelle Klage vor dem Arbeitsgericht ein. Im Juli dieses Jahres wird Bauer S. dazu verpflichtet, zumindest den noch ausstehenden Lohn des ersten Monats der 18 rumänischen Landarbeiterinnen, 960 Euro pro Person, auszuzahlen.

Bauer S. ist kein Einzelfall. Mehr als 250.000 Arbeitskräfte kommen vermittelt über die Zentrale Arbeitsvermittlung (ZAV) jedes Jahr aus osteuropäischen Ländern nach Deutschland, um bis zu drei Monate vor allem in der Landwirtschaft zu arbeiten. Wie viele Menschen darüber hinaus ohne Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnisse in der deutschen Landwirtschaft oder in anderen Sektoren arbeiten, ist schwer zu schätzen. Berichte über Lohnbetrug an SaisonarbeiterInnen werden immer wieder bekannt. Die Chancen, zumindest einen Teil des nicht gezahlten Lohns - auch bei fehlender Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis - zu erhalten, sind sehr gut. Informationen zur "Durchsetzung von Lohnansprüchen bei fehlender Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis" erhält man beim Polnischen Sozialrat e.V. oder im Internet bei Respect <[www.respect-netz.de/pages/lohnbetrug.htm](http://www.respect-netz.de/pages/lohnbetrug.htm)>.

### **Kontakt und weitere Informationen:**

Polnischer Sozialrat e.V.  
Oranienstr. 34, 10997 Berlin  
Tel.: 030-615 09 09

## 7. Everyone is an expert! Jeder Mensch ist ein Experte!

von Daniela Schmohl

*Die Internet-Datenbank expertbase <<http://www.expertbase.net/>> sollte illegalen Migrantinnen und Migranten Zugang zum regulären Arbeitsmarkt verschaffen. Mehr als eine Vermittlungsagentur war das Projekt aber eine radikale Kritik der Einwanderungsdebatte und der ihr innewohnenden Verwertungslogik. Mittlerweile hat sich das Projekt weiterentwickelt und setzt nun den Schwerpunkt auf die medientechnische Begleitung antirassistischer Arbeit, um so jederzeit, an jedem Ort, jedem Menschen uneingeschränkte Kommunikation zu ermöglichen.*

Armado Rodrigues' Zündapp-Moped illustriert jedes Schulbuch der Geschichte: Das Symbol der Mobilität erhielt der Zimmermann 1964 als symbolischen Dank an die eine Million Gastarbeiter, die bis dahin nach Deutschland gekommen waren. "Ohne die Mitarbeit der Ausländer", so erklärte ihm bei seiner Ankunft 1964 auf dem Kölner Bahnhof der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, "wäre unsere wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre nicht denkbar gewesen." Zehn Jahre später gab es keinen Arbeitskräftemangel mehr. Hatten "Ausländer" bis dahin als Gast-Arbeiter gegolten, so erhielt der Begriff in der Zeit heraufziehender Massenarbeitslosigkeit zunehmend die Bedeutung einer volkswirtschaftlichen Belastung. Was in den Zeiten des Fließbandes Arbeitskräftemangel und Gastarbeiter waren, sind in der Informationsgesellschaft der "Fachkräftemangel" und die "Experten". Obwohl sie so wenig deutsch sind wie "Ausländer", gelten "Experten" nicht als Belastung, sondern als Angehörige einer internationalen Elite, die es an den Standort Deutschland zu locken gilt, damit die heimische Wirtschaft Anschluss an den Weltmarkt halten kann. 10 500 dieser raren Spezialistinnen und Spezialisten konnten bislang gewonnen werden. In der gleichen Oktoberwoche des Jahres 2001, in der Arbeitsminister Walther Riester verkündete, weitere 10 000 "Experten" müssten angeworben werden, stellte der Innenminister der gleichen Regierung ein umfangreiches Gesetzespaketes mit ausgesprochen restriktiven Kontrollmechanismen gegen "Asylbewerber" und "illegale Einwanderer" vor. Letztere Begriffe bezeichnen heute an Stelle der inzwischen "integrierten Ausländer" den Kostenfaktor, zu dem sich noch erschwerend kulturelle Andersartigkeit und sicherheitspolitische Gefahren gesellen.

### "Experten" oder "Illegale"

Die aktuelle Einwanderungsdebatte hat das Ziel, zu einer Migrationspolitik zu kommen, die der Spannweite von anzuwerbenden "Experten" bis abzuwehrenden "illegalen Einwanderern" und "Asylbewerbern" Rechnung trägt. "Migrationssteuerung" ist das Schlüsselwort, die "Erfordernisse des deutschen Arbeitsmarktes" der Prüfstein jeder Regelung. Das Primat des Ökonomischen heißt für die Migrantin und den Migranten: soziale Anerkennung, Mobilität und Möglichkeiten, die in Deutschland zu genießen sind, hängen vom aktuellen Tauschwert der eigenen Arbeitskraft ab. Für die In-Wert-Setzung alles entscheidend ist dabei die "Steuerung", die sich subjektiv als Verzicht auf Autonomie übersetzt: Wer einen Lehrgang in Datenverarbeitung und eine Greencard in der Tasche hat, wird zum aufenthaltsberechtigten "Experten", während der ungefragt die Grenze überquerende Informatiker nicht Informatiker, sondern "Illegaler" wird.

Mit der Illegalität strafft die Migrationspolitik die autonome Mobilität der Arbeitskraft durch radikale Entwertung. Jede Kompetenz, Erfahrung und Ausbildung, die sonst in Bewerbungsunterlagen aufzuführen ist, wird mit der Ankunft in Deutschland auf Null gesetzt. Die "Illegalen" sind verwiesen in die Sphäre informeller Ökonomie, in der die Mechanismen sozialer Wertschätzung nicht gelten. Beruf: Illegaler. Sans papiers (ohne Papiere) ist das prägende Identitätsmerkmal von, so wird geschätzt, 1,5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern in Deutschland. Dabei entstammen die insgesamt wenigen Migrantinnen und Migranten, die eine Reise in das europäische Zentrum finanzieren können, in der Regel den gebildeten und ökonomisch potenten Mittelschichten: die "Illegalen", eine post-industrielle Reservearmee?

"Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnutzen und mehr, die uns nutzen". Das gnadenlos kapitalistische Credo der Einwanderungsdebatte, wie es der bayrische Innenminister Günther Beckstein zusammenfasst, lehnen Kirchen, Menschenrechtsorganisationen und Linke prinzipiell ab. Während Migrationspolitik primär ökonomisch bestimmt ist, argumentieren ihre Kritikerinnen und Kritiker vor allem politisch und sozial. Die Katholische Bischofskonferenz weist auf die Fürsorgepflicht hin, die es dem Staat verbiete, Menschen medizinische Versorgung zu verwehren. amnesty international und Pro Asyl klagen mit den linken Antirassismusgruppen die Menschenrechtsverletzungen an, die der Staat bei Abschiebungen und Abschiebehaft begeht. Sie fordern die Ausstattung der "Illegalen" mit den gleichen politischen und sozialen Rechten, wie sie deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger genießen.

### expertbase.net

"Jeder Mensch ist ein Experte" war vor diesem Hintergrund zunächst ein Datenbankprojekt. Es sollte Menschen im Asylverfahren, die bis vor kurzem in Deutschland noch mit einem generellen Arbeitsverbot belegt waren und bis heute Landkreisgrenzen nur mit einer Ausnahmegenehmigung überschreiten dürfen, eine Möglichkeit anbieten, sich mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten vorzustellen und auf diesem Wege soziale Achtung zu erringen, welche ihnen Institutionen und informelle Ökonomie systematisch verweigern. Die Idee war, Menschen, die vom offiziellen Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, eine Gelegenheit zu bieten, sich mit ihren Erfahrungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten selbstbestimmt präsentieren zu können. Und das, ohne sie immerfort auf die Rolle als Opfer von Unterdrückung und Verfolgung zu reduzieren und zudem um Menschen miteinander in Kontakt zu bringen, die über die unterschiedlichsten, breit gefächerten Kompetenzen verfügen oder nach solchen suchen.

"Jeder Mensch ist ein Experte 1.0" ist hervorgegangen aus der Installation expertbase, die im Herbst 2001 von Aktivistinnen und Aktivisten aus dem Spektrum der Kampagne "kein mensch ist illegal" <<http://www.contrast.org/borders/kein/index.html>> in Zusammenarbeit mit den internationalen Netzkünstlerinnen Shu Lea Cheang und Olia Lialina entwickelt wurde. Sie wurde zum ersten Mal im Rahmen des Münchner Medienfestival Make World präsentiert. [Dokumentation über das make-world festival in München - 18.-21. Oktober 2001: <<http://www.linkeseite.de/Texte/diverses/0405.htm>> sowie Fotos zur Aktion: <<http://www.programangels.org/program/experte/>>.] In der Folge wurde die expertbase im Zusammenhang mit verschiedenen Ausstellungsprojekten (z.B. BIG Torino, Tactical Media Lab, Amsterdam, MACBA, Barcelona) und Konferenzen (u.a. in New Delhi, London und Berlin) realisiert.

Der Anspruch von "everyone is an expert" lag in der radikalen Abwehr hegemonialer rassistischer Diskurse: In der Öffentlichkeit hat sich die Entscheidung in "integrierte" und "integrationsunwillige Ausländer" durchgesetzt. Nachdem in speziellen Wirtschaftszweigen ein Arbeitskräftebedarf deutlich wurde, unterscheidet man zusätzlich in "illegale Einwanderer" und "Experten". Während Asylsuchende und OhnePapiere dabei als Angehörige einer homogenen Masse konstruiert werden, die über keine Bildung, keine Arbeit, keine Fähigkeiten verfügen, zeigte expertbase dagegen Menschen in ihren subjektiven Erfahrungen und Kenntnissen. Die Macherinnen und Macher verstehen expertbase als multifunktionales Projekt. Und es kann durchaus gleichermaßen als Dienstleistung, politisches Statement und als Netz-Kunst im besten Sinn angesehen werden.

Inzwischen konzentriert sich das Projekt expertbase neben dem englischsprachigen Internetauftritt auf die mediale Unterstützung antirassistischer Initiativen und Aktionen und ermöglicht damit die uneingeschränkte Kommunikation.

"Jeder Mensch ist ein Experte 2.0" besteht nun aus einem Kleintransporter, der mit mobilen Audio- und Videoschnitteinheiten, Mischpulten, Soundsystem, Servern, einem drahtlosen Internetzugang sowie einer Satellitenanlage ausgerüstet ist. So kann auch an Orten, an denen unter normalen Umständen keine Netzverbindung möglich ist, mithilfe des Expertenmobils ein Internetzugang hergestellt werden. Diese Verbindung via Satellit wird dann sowohl zum Senden als auch zum Empfangen von Daten mit hoher Bandbreite und Qualität verwendet.

Zum Einsatz kam das Expertenmobil 2003 u.a. in Barcelona, Genf und Timisoara und im Internationalen antirassistischen Grenzcamp in Frassanito, Italia. Hier begann ein internationales Expertenteam mit Feldforschung und der Veröffentlichung der Ergebnisse im Netz praktisch in Echtzeit: Interviews mit illegalen Einwanderern, die eben angekommen waren oder sich schon seit längerer Zeit in der örtlichen Agrarindustrie verdingten, Gespräche mit den Mitarbeitern der Grenzpolizei, Porträts von örtlichen Menschenrechtsaktivisten, die sich seit Jahren um die Aufklärung mysteriöser Flüchtlingsdramen und Havarien auf hoher See bemühen, Diskussionen von Netzaktivisten und Medienkünstlern, die sich um Sinn und Zweck von Interventionen im Grenzbereich zwischen Kunst, Kultur und Politik drehten. [Siehe expertbase-Site <<http://www.expertbase.net/tour/ita/>> und die Offizielle NoBorderCamp-website <<http://www.migranti.net/>>]

Die Logbücher des Expertenmobils sind Audio- und Videoreportagen im Internet, Livestreams, vernetzte Talkshows, DJ- und VJ-Sessions mit Mitwirkenden aus der Nähe und der Ferne.

Die Erfahrungen aus den Testfahrten des Expertenmobils werden in den Wintermonaten systematisch ausgewertet und zur Grundlage für die Planung einer großen Tour entlang der neuen EU-Außengrenzen ab Mai 2004.

#### **Links zum Artikel:**

Die Entwicklung des Projektes "Everyone is an expert! Jeder Mensch ist ein Experte!" ist nachzulesen unter: <<http://www.expertbase.net/html/en/about.html>>

Das Videoarchiv des Projektes:

<<http://www.expertbase.net/tour/archive.php>>

Textsammlung im "Kein Mensch ist illegal"- Portal

<<http://www.contrast.org/borders/kein/archiv.html#experte>>

#### **Reader zum Forum Migration & Arbeit von "jeder mensch ist ein experte!"**

Anlässlich des vierten antirassistischen Grenzcamps in Frankfurt am Main erschien die Expertenzeitung, die sich mit einzelnen Aspekten der Migrationsdebatte im Sommer 2001 befasste: 5 Millionen Illegale in der europäischen Union gelten als Beleg für das Versagen der herkömmlichen Migrationspolitik - das Antirassismus Büro Bremen gibt eine Einschätzung der Lage. Die AktivistInnen von Kanak attak! stellen ihre Position zur Legalisierung und Einwanderungsdebatte vor. Die Berliner Osteuropagruppe wirft einen Blick auf die Auseinandersetzungen um die EU-Erweiterung in Osteuropa, während im Artikel zu "eBorder" Spekulationen über ein postmodernes Grenzregime angestellt werden. Weitere Beiträge befassen sich mit der Rolle der US-Gewerkschaften bei den Kämpfen Illegaler um ihre Rechte, die Forderung nach Greencards für Hausangestellte und Prostituierte wird gestellt und mit New Actonomy werden neue Formen von vernetztem Aktivismus vorgestellt.

Artikel im Web:

<<http://www.expertbase.net/everyoneisanexpert/paper/index.php>>

Download der gesamten Zeitung im PDF-Format:

<<http://www.expertbase.net/everyoneisanexpert/paper/expertpaper.pdf>>

Im Juni 2002 fand in Hamburg das Forum »Arbeit und Migration« statt. Ziel der Veranstaltung war es einen Diskussionsrahmen zu schaffen, der die soziale Dimension der Kämpfe um das Recht auf Freizügigkeit in den Mittelpunkt stellt. Texte der TeilnehmerInnen des Forums und andere relevante Texte wurden archiviert.  
<<http://www.expertbase.net/forum/>> Es existiert auch eine weitere Textsammlung.  
<<http://www.expertbase.net/everyoneisanexpert/forum/index.php>>

## **8. HANDS ON WORK. Eine Projektvorstellung**

von Edith Kleinkathöfer, Woge e.V.

Das Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekt "HANDS ON WORK" ist eins von 16 Teilprojekten, die zu dem Thema "Qualifizierungsoffensive für AsylbewerberInnen und Flüchtlinge in Hamburg" arbeiten. Verschiedene Akteure aus den Bereichen Flüchtlingsberatungsstellen, Jugendhilfeträgern, ausländischen Vereinen, Bildungs- und Beschäftigungsträgern sowie schulischen Einrichtungen haben sich zur Hamburger Entwicklungspartnerschaft "Qualifizierungsoffensive für AsylbewerberInnen und Flüchtlinge in Hamburg" zusammengeschlossen.

AsylbewerberInnen und Flüchtlinge sind in einem hohen Maß der Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt. Die EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL zielt darauf ab, Arbeitsplätze zu schaffen und Benachteiligten den Zugang zum Arbeitsmarkt nachhaltig zu erleichtern. Dabei sollen ausdrücklich die Beschäftigungsfähigkeit und die berufliche Kompetenz von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen erhalten und verbessert werden. Die Gemeinschaftsinitiative EQUAL wird gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus Landesmitteln der Freien und Hansestadt Hamburg.

Das Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekt HANDS ON WORK richtet sich an junge AsylbewerberInnen und Flüchtlinge mit einem ungesicherten Aufenthalt. Dabei ist es Ziel des Projektes, eine Stabilisierung des Asylbewerbers oder der Asylbewerberin durch die Teilhabe an Ausbildung und Arbeit zu erreichen, die wir als Voraussetzung für Kontakt und Integration sowie als Grundlage ihrer Persönlichkeitsentwicklung sehen. Weiterhin wollen wir mit unserer Maßnahme die Entwicklung eines gegenseitigen Verständnisses erreichen: Einerseits dem jungen Flüchtling das Aufnahmeland näher bringen und andererseits das unmittelbare Lebensumfeld und die arbeitsmarktrelevanten PartnerInnen für die Situation junger Flüchtlinge sensibilisieren.

Die Teilnahme am Kurs ist für 24 junge Flüchtlinge und AsylbewerberInnen im Alter von 17 Jahren bis max. 27 Jahren möglich. Der Kurs dauert 10 Monate.

Ziel ist es innerhalb dieser Zeit:

- die Sprachkenntnisse und kommunikativen Kompetenzen der TeilnehmerInnen zu stärken,
- ihnen grundlegende Fähigkeiten und Fertigkeiten für die Aufnahme von Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln,
- formale und inhaltliche Voraussetzungen für die Ausbildungs- oder Arbeitsaufnahme zu schaffen, sofern der rechtliche Status es zulässt,
- sie bei der beruflichen Orientierung, Qualifizierung oder Arbeit zu unterstützen und
- den Prozess der Verselbständigung zu unterstützen.

Unsere Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahme umfasst sowohl theoretischen als auch praktischen Unterricht. Außerdem suchen wir gemeinsam mit den TeilnehmerInnen einen Praktikumsplatz in einem Fremdbetrieb, in dem sie dann für 2 - 3 Monate beschäftigt sind.

Der theoretische Unterricht umfasst die Fächer Deutsch, Mathematik, Gesellschaftskunde, Bewerbungstraining, EDV-Schulung und interkultureller Austausch. Der praktische Unterricht befasst sich mit der Berufsvorbereitung und das sind konkret die Arbeitspraxis in der Wäscherei, die Vermittlung von Arbeitstechniken, das Üben von Kundengesprächen und die Akquise von Wäschereiaufträgen.

Das Ziel des Praktikums ist es, das Bewerbungstraining praktisch umzusetzen, ein genaueres Bild von dem jeweiligen Beruf zu bekommen, den Arbeitsalltag mit all seinen Anforderungen kennen zu lernen und erste Kontakte zu Firmen zu knüpfen, mit der Möglichkeit einer anschließenden Ausbildung oder Beschäftigung. Wir erwarten von den TeilnehmerInnen, dass sie Lust und Interesse haben in unserem Projekt mit zu arbeiten. Ein Schulabschluss ist keine Voraussetzung.

### **Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter:**

EQUAL-Projekt Hands On Work (HOW)

c/o WOGGE e.V.

Billstedter Mühlenweg 10

22117 Hamburg

<[www.woggeev.de](http://www.woggeev.de)>

Tel.: 040-71 00 91-36

Fax: 040-71 00 91-51

eMail: [wogemuehle@t-online.de](mailto:wogemuehle@t-online.de)

### **Link zum Projekt:**

EQUAL

Die Gemeinschaftsinitiative EQUAL zielt darauf ab, neue Wege zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten von Arbeitenden und Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt zu erproben. Im Vordergrund

stehen die Förderung von Humanressourcen, insbesondere die berufliche Integration am Arbeitsmarkt benachteiligter Personengruppen sowie die Verbesserung des lebensbegleitenden Lernens und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.  
<<http://www.equal-de.de>>

Pressebeitrag aus dem Handwerk-Info:  
Ausbildung im Wäschereiservice: "Hands on work" - Projekt zur Qualifizierung von jungen Flüchtlingen  
<<http://www.handwerk-info.de/118367.html>>

weitere EQUAL-Projekte in Schleswig-Holstein:  
<<http://www.frsh.de/perspective/index.htm>>

## Linkliste

### --Allgemeine Informationen über die Situation von MigrantInnen

#### Ohne Papiere

"Ohne Papiere" <<http://www.ila-bonn.de/archiv/250inhalt.htm>>, Ausgabe der ila – Informationsstelle Lateinamerika Nr. 250, November 2001 mit dem Schwerpunkt Situation von Menschen ohne Papiere in Europa. Leider sind nicht alle Texte online verfügbar. Inhalt des Heftes: <<http://www.ila-bonn.de/archiv/250inhalt.htm#Inhalt>>

#### Charta zu den Rechten der WanderarbeiterInnen in der Landwirtschaft

Eine Tagung von IUL-Mitgliedsverbänden im Sektor Landwirtschaft, die gemeinsam mit dem IUL-Mitgliedsverband IG Bau in Berlin veranstaltet wurde, hat eine Charta der Rechte der Wanderarbeitnehmer in der Landwirtschaft ausgearbeitet. Die Charta wird derzeit konterkariert durch die Übergangs-, d.h. Ausnahmeregelungen bei den Arbeitsrechten für Beschäftigte aus bisherigen Nicht-EU-Staaten. Für diese Übergangsfristen hatten sich ver.di und IG BAU bei der EU-Osterweiterung, aber auch bei der Beratung der EU-Angebotsliste für die Liberalisierungsangebote der EU im Rahmen des GATS eingesetzt. Das Thema Wanderarbeit wird im Zentrum der nächsten ILO-Konferenz im Jahr 2004 stehen. Die Charta dient als Vorbereitung dieser Konferenz. <[http://www.iuf.org.uk/cgi-bin/dbman/db.cgi?db=default&uid=default&ID=955&view\\_records=1&ww=1&de=1](http://www.iuf.org.uk/cgi-bin/dbman/db.cgi?db=default&uid=default&ID=955&view_records=1&ww=1&de=1)>

### -- Spezifische Länderinformationen

#### Europa bekommt eine neue Gestalt

Im April 2003 unterzeichneten 25 Staats- und Regierungschefs in Athen feierlich die EU-Beitrittsverträge. Damit rückte die EU-Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer in greifbare Nähe. Zum 1. Mai 2004 sollen Polen, Ungarn, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Zypern und Malta als Vollmitglieder aufgenommen werden. Übersichten über die wichtigsten Änderungen aber auch umfangreiche Daten und Fakten über die Beitrittsländer finden sich in den verschiedenen Angeboten:

#### ARD-Spezial:

<<http://www.mdr.de/eu>>

#### von der Bundeszentrale für politische Bildung: Die Zukunft der Europäischen Union

<[http://www.bpb.de/themen/AEEN2Y,0,0,Die\\_EUOsterweiterung.html](http://www.bpb.de/themen/AEEN2Y,0,0,Die_EUOsterweiterung.html)>

#### vom Deutschlandfunk: 10 plus - Ein Europa, Die Europäische Union macht ernst

<<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/10plus/index.html>>

#### Beitrag des Deutschlandfunks zur Situation von ArbeitsmigrantInnen in Italien (MP3-Mitschnitt)

<[http://www.noborder.org/audio/030917dfl\\_italia.mp3](http://www.noborder.org/audio/030917dfl_italia.mp3)>

#### Arbeitsbedingungen für legale und illegalisierte SaisonarbeiterInnen in Westeuropa

Das Europäische Bürgerforum (EBF) hat nach den rassistischen Unruhen in El Ejido eine internationale Untersuchungskommission gebeten, die Ursachen und Bedingungen vor Ort zu untersuchen. Im April 2000 erschien der Bericht: »El Ejido – Anatomie eines Pogroms«. Dieser Untersuchungsbericht deckte den Zusammenhang zwischen Intensivierung der Landwirtschaft (speziell im Bereich Obst und Gemüse), den erschwinglichen Preisen für die Hauptabnehmer in den Ländern der EU und den sklavenartigen Arbeitsbedingungen in dieser Landwirtschaft auf. Danach sahen sich Vertreter und Freunde des EBF in anderen Regionen des Obst- und Gemüseanbaus (Crau in Frankreich, Westland in Holland) genauer um und stellten fest, dass die Arbeitsbedingungen für legale und illegalisierte Saisonarbeiter und Saisonarbeiterinnen auch in anderen westeuropäischen Regionen gleich sind. Die Broschüre »Le goût amer des nos fruits et légumes« fasst diese Ergebnisse zusammen.

Im Archipel, der Monatszeitschrift des EBF, erschienen mehrere Berichte aus der Broschüre auch auf Deutsch.  
<[www.forumcivique.org](http://www.forumcivique.org)>

### --Initiativen der Selbstorganisation und Selbsthilfe von und für MigrantInnen

### **Onlinezeitung "Frauennet Köln" und das Internetcafe "girlspace" für Mädchen und junge Frauen**

Das »girlspace« ist ein kostenloses Internetcafé in Köln und dient der Schaffung eines ungestörten Raumes für Au-pair Mädchen und Frauen aus aller Welt. Internet-Einführungskurse bieten einen Einblick in die Medienwelt und geben Vertrauen in den Umgang mit neuen Medien und deren Nutzung. <<http://www.girlspace.de/>>

Die Online-Zeitung »Frauennet Köln« ist eine mehrsprachige Website, an der ein multinationales Team arbeitet. <[http://www.skvkoeln.de/\\_pd/girlspace/homefrauennet/seiten/frame.html](http://www.skvkoeln.de/_pd/girlspace/homefrauennet/seiten/frame.html)> Themen sind z.B. Informationen zu Rechten und Pflichten eines Au-Pairs, über Arbeitserlaubnis, Studium und Sprachschulen und Kontaktadressen von Beratungsstellen sowie Austauschmöglichkeiten mit anderen Frauen.

#### **Kontakt:**

Katarzyna Gorczak-Rogalski  
Ev. Jugendpfarramt girlspace e.V.  
Kartäuserwall 24b  
50678 Köln  
Tel.: (0221) 93 18 01 15

Das Internetcafé »girlspace« befindet sich in der Werderstraße 16 in Köln/ Mitte.  
Tel. 0221-9526763  
eMail: [girlspace@netcologne.de](mailto:girlspace@netcologne.de)

#### **Öffnungszeiten:**

Montag, Mittwoch und Freitag von 16-20 Uhr sowie Donnerstag von 17-20 Uhr  
Dienstag finden von 16-21.30 Uhr Aktionen, Kurse oder die Online-Zeitschriften-Redaktionen (14tägig) statt.  
Sonntagscafé für Alt und Jung von 12-16 Uhr (14tägig)

### **Precarias a la deriva - Erforschung prekärer Arbeitssituationen im "Transitbereich" zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit**

Precarias a la deriva ist ein Forschungs-Aktions-Projekt unterschiedlicher Frauen in Madrid, die sich bereits seit längerem mit den Transformationen von Arbeit beschäftigen. Im breit gefassten Feld der prekären Arbeit liegt der Schwerpunkt bei den Frauen. Migrantische Arbeit (konkret Hausarbeit als ein thematisierter Bereich) ist dabei nur ein Bereich.

Auf der Homepage der »precarias« finden sich alle Texte der Gruppe auf Spanisch – von wichtigen Texten gibt es englische und deutsche Übersetzungen.

<[www.sindominio.net/karakola/precarias.htm](http://www.sindominio.net/karakola/precarias.htm)>

### **Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V**

Zusammenschluss von 34 Frauenorganisationen, Frauenberatungsstellen und Einzelfrauen mit Hauptsitz in Potsdam. Auf den Internetseiten finden sich u.a. Broschüren zum Herunterladen und eine Linkliste der Mitgliedsorganisationen als bundesweite Ansprechpartnerinnen zum Thema Frauenhandel und Gewalt gegen Frauen.

<<http://www.kok-potsdam.de>>

### **-- Diskussionen Antirassistischer Politik**

#### **Es geht nicht um die Schwarzarbeit. Oder doch?**

Ein Streitgespräch beim Grenzcamp in Köln: Über die Forderung »Offene Grenzen für alle« und Arbeitsmigration, über Sklavenhalter, Dumpinglöhne und die Rolle der Gewerkschaften  
<<http://www.jungewelt.de/2003/08-09/030.php>>

#### **:: Auftaktforum A-n-t-i-r-a-s-s-i-s-m-u-s a-u-s-b-u-c-h-s-t-a-b-i-e-r-t ::**

Erstmalig gab es zum 6. antirassistischen Grenzcamp im Sommer 2003 in Köln ein Auftaktforum.

<[http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/camp03/web/public\\_html/index.php?projekt=kongress](http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/camp03/web/public_html/index.php?projekt=kongress)>

Diskussionen und Auseinandersetzungen sind in den vergangenen Jahren ein fester Bestandteil der camp-culture gewesen, in diesem Jahr wurde ihnen extra Raum und Zeit gewidmet.

2002 fanden aufgrund unterschiedlicher inhaltlicher Schwerpunktsetzungen aber auch wegen handfester politisch-inhaltlicher Differenzen mehrere Camps statt. Auf dem Nachbereitungstreffen für die letztjährigen Camps gab es dafür einen ersten Versuch, bei dem sich die folgenden zentralen Fragen stellten: Heißt Antirassismus notwendigerweise, eine intensive Kooperation zwischen Flüchtlingen, MigrantInnen und Menschen ohne Flucht- und Migrationshintergrund zu praktizieren? Inwieweit muss Antirassismus immer auch praktische Soli-Arbeit für und mit Flüchtlinge(n) und MigrantInnen beinhalten? Wie lässt sich das Verhältnis von staatlichem zu gesellschaftlichem Rassismus bestimmen? Nicht zuletzt steht zur Debatte, ob ein linker Widerstand stets alle Herrschaftsverhältnisse im Auge behalten sollte, auch wenn er einen bestimmten, z.B. antirassistischen Fokus wählt.

Zusätzlich zu diesen Fragen, die in gewisser Weise Evergreens des Antirassismus sind, gab es Entwicklungen im Selbstverständnis derer, die sich als AntirassistInnen verstehen und dabei weiß und deutsch sind: Wurde Anfang der 1990er vorwiegend Flucht und (staatlicher) Rassismus in der BRD thematisiert und Flüchtlinge vor allem als Opfer wahrgenommen, verschiebt sich der Blick zunehmend. MigrantInnen und Flüchtlinge »werden« zu handelnden Subjekte – nicht zuletzt aufgrund einer stärker zur Kenntnis genommenen migrantischen Selbstorganisation.

Eine Spiegelung dieser Entwicklung ist die Kontroverse um die Autonomie und den emanzipatorischen Gehalt von Migration, die ihrerseits wiederum Hand in Hand geht mit der Thematisierung sozialer und politischer Entrechtung von MigrantInnen und Flüchtlingen in den Zielländern.

#### **Homepage des antirassistischen Grenzcamps in Köln 2003**

Auch im diesjährigen antirassistischen Grenzcamp fanden wieder viele Aktionen und Diskussionen rund um das Thema Migration, Rassismus und Perspektiven antirassistischer Politik statt. Die offizielle Camphomepage mit Webjournal und jeder Menge Texte:

<<http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/camp03/index2.html>>

#### **Ackern für Deutschland**

die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) der Bundesanstalt für Arbeit als Vermittlungsstelle für ausbeuterische Arbeitsverhältnisse - Bericht über eine Aktion im Antirassistischen Grenzcamp Köln

<[http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/camp03/web/public\\_html/main.php?text=300&projekt=camp](http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/camp03/web/public_html/main.php?text=300&projekt=camp)>

#### **Reader zur Veranstaltungsreihe der antirassistischen Gruppe Leipzig im Tomorrow-Theorie-Café Leipzig (2002)**

<<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/antira-leipzig/archiv/tomorrow-reader01/index.htm>>

#### **Großes Preisrätsel der Antirassistischen Gruppe Leipzig**

Ausländerpolitik in Deutschland: Hat sich was geändert in den letzten 100 Jahren?

<<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/antira-leipzig/archiv/a7.htm>>

#### **-- Literatur, Reader, Dokumentationen, CD-Rom und Filme:**

##### **Links und Literaturliste zum Themenfeld Migration**

Diese umfangreiche Liste von der Rosa Luxemburg Stiftung ist in neun Kapitel untergliedert und bietet einen guten Einstieg zur weiteren Information über aktuelle Literatur:

<[http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Themen/migration/links\\_literathinw.htm](http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Themen/migration/links_literathinw.htm)>

##### **Geschichtsbilder junger Migranten in der Bundesrepublik**

Die Bundesrepublik Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland. Der stetige Zustrom von Migrantinnen und Migranten seit 1945 - egal ob als "Gastarbeiter", Bürgerkriegsflüchtlinge, Asylsuchende oder SpätaussiedlerInnen - trugen zur Vielfalt der bundesdeutschen Gesellschaft bei. Viola Georgi geht in ihrer Dissertation der Frage nach, welche Bedeutungen Nationalsozialismus und Holocaust für junge MigrantInnen hierzulande haben.

Viola B. Georgi: Entlehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland, Hamburg 2003. ISBN 3-930908-89-1, 30 €

Rezension des Buches in: H-Soz-u-Kult, 27.11.2003, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2003-4-118>>.

Dazu weiterhin die Veröffentlichung von Viola Georgi zum Thema "Jugendliche aus Einwandererfamilien und die Geschichte des Nationalsozialismus", in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 40-41/2003), im Netz unter:

<[http://www.bpb.de/publikationen/HYPRN9,0,0,Jugendliche\\_aus\\_Einwandererfamilien\\_und\\_die\\_Geschichte\\_des\\_Nationalsozialismus.html](http://www.bpb.de/publikationen/HYPRN9,0,0,Jugendliche_aus_Einwandererfamilien_und_die_Geschichte_des_Nationalsozialismus.html)>

##### **Broschüre: "Was sind eigentlich Ausreisezentren"**

0,50 Euro pro Exemplar

Bestelladresse:

RES publica

Augsburger Str. 13

80337 München

Tel. 089-26025299

Fax 089-762236

Email: <[res.publica@gmx.net](mailto:res.publica@gmx.net)>

##### **Ausreisezentren. Der Reader**

5. aktualisierte Ausgabe

Download als pdf-Datei (349 KB)

<<http://lola.d-a-s-h.org/~rp/az/Kampagne/Reader5.pdf>>

##### **Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM): Marokko. Transit NON Stop**

"Mit diesem Heft legt die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration in Zusammenarbeit mit der schweizerischen Initiative Solidarité sans frontières erstmals Recherchen zu Flucht und Migration im Trikont vor. Seit der Unabhängigkeit Marokkos haben Tausende Jahr für Jahr ihre Zukunft in der Migration gesehen. Marokko ist zugleich zu einem wichtigen Transitland für MigrantInnen aus den Ländern südlich der Sahara



geworden. Nur 14 Kilometer trennen Marokko von Europa, aber sehr viele Menschen sind in der Meerenge von Gibraltar umgekommen.

Hinter den Horrormeldungen über "Flüchtlingsströme" verschwinden die Wünsche und die Zukunftspläne derjenigen, die sich auf den Weg machen. In welchem sozialen Gefüge findet der Aufbruch und das Leben im Transit statt?

Dieses Heft gibt ein Bild der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit Marokkos, zugleich ist es ein kritischer Beitrag zur europäischen Migrationspolitik."

Assoziation A, ISBN 3-935936-10-9, für 9 Euro im Buchhandel erhältlich

weitere Bücher der FFM, z.T. im Volltext als pdf-Dateien  
<<http://www.ffm-berlin.de/deutsch/hefte/hefteindex.htm>>

#### **Madjiguene Cissé: Papiere für alle. Die Bewegung der Sans Papiers in Frankreich**

"Aus dem Schatten treten" so bezeichnen die Illegalisierten in Frankreich ihren Aufbruch. 1996 wurde in Paris die erste Kirche besetzt und die Bewegung der Sans Papiers breitete sich in kürzester Zeit in ganz Frankreich aus. Geschickt und hartnäckig entfaltete sie Aktivitäten, die immer wieder in die Schlagzeilen kamen und in der französischen Gesellschaft eine ungeahnte Unterstützung fanden. So gelang ihr der Brückenschlag zu den sozialen Bewegungen der Arbeitslosen und Obdachlosen und zu den Gewerkschaften.

Madjiguene Cissé war von Anfang an dabei und wurde schnell zu einer bekannten Wortführerin der Bewegung. Den beispielhaften Kampf der Sans Papiers beschreibt sie als Teil ihrer eigenen Biographie in der ersten Person und als politische Chronologie auf einem neuem Terrain: Es ist der erste noch unvollendete Versuch kämpferischer Selbstorganisation von Illegalisierten für gleiche Rechte im neuen Europa.

Madjiguene Cissé, im Senegal geboren, Studium u.a. in Deutschland, wurde 1996 zur Sprecherin der Sans Papiers gewählt, unternahm Rundreisen in Deutschland und erhielt im Dezember 1998 die Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte. Im Jahre 2000 erhielt sie Einreiseverbot in die BRD. Seit Juli 2000 lebt sie wieder im Senegal und engagiert sich u.a. im REFDAF, dem "Frauennetzwerk für nachhaltige Entwicklung in Afrika".

Assoziation A, ISBN 3-935936-14-1, für 16 Euro im Buchhandel erhältlich

#### **Materialien für einen neuen Antiimperialismus 7:**

Die Globalisierung des Migrationsregimes. Zur neuen Einwanderungspolitik in Europa

"Das Buch gibt einen Überblick darüber, wie die neuen europäischen und internationalen Migrationsregimes durchgesetzt werden sollen.

Gibt es den vielbeschworenen Paradigmenwechsel in der bundesdeutschen Migrationspolitik oder handelt es sich eher um eine vorsichtige Anpassung der artikulierten Politik an längst bestehende Realitäten? An der traurigen Tatsache, dass das bundesdeutsche Migrationsregime nach wie vor zu den repressivsten gezählt werden muss, hat sich jedenfalls nichts Entscheidendes geändert. Mehr denn je sind MigrantInnen weltweit vielfältiger Drangsalierung, Überwachung und Kontrolle ausgesetzt.

Auf europäischer Ebene treiben die Vorstöße hin zu einem abgestimmten Migrationsregime die Herausbildung eines europäischen Imperialismus wesentlich voran. Staatliche Organisationen wie die WEU, die gemeinsamen paramilitärischen Polizeieinheiten, aber auch supranationale Organisationen wie die IOM (International Organisation for Migration), sind Träger und Wegbereiter dieses aggressiven Projekts, das neben Aushungerung, Internierung und Deportation mittlerweile auch ein vielfältiges Arsenal zur Steuerung der Migrationsbewegungen bereithält.

Dagegen steht die Mobilität der Flüchtlinge und MigrantInnen, ihre Strategien sich jeglicher Kontrolle zu entziehen, die Zonierungen von Reichtum und Armut aufzubrechen und selbstbestimmte Wege des Aufbruchs zu suchen."

Assoziation A, ISBN 3-935936-02-8, für 12 Euro im Buchhandel erhältlich

weitere Texte zum Thema:

<<http://www.materialien.org/texte/mat7.html>>

#### **4. Antirassistisches Grenzcamp im Rhein-Main-Gebiet. Die Dokumentation**

Broschüre A4, 48 Seiten, 3 Euro (bis 10 Ex. plus Versandkosten, ab 11 Ex. incl.)

Aus dem Inhalt: Chronologie und Aktionsberichte, Einschätzungen und Debatten, Folgeaktionen und neue Campprojekte.

Bestelladresse:

AG3F

Metzgerstr. 8

63450 Hanau

Tel./Fax: 06181-184892

Email: <[ag3f@comlink.org](mailto:ag3f@comlink.org)>

#### **Ohne Papiere in Europa. Illegalisierung der Migration - Selbstorganisation und Unterstützungsprojekte in Europa**

Buch, 285 S., Schwarze Risse / Rote Straße / VLA 2000, 24 DM, ISBN: 3924737495

Da das Buch vergriffen ist, können alle Texte hier gelesen werden:

<<http://www.contrast.org/borders/kein/archiv.html#ohne>>

**Without Papers in Europe. Making migration illegal - Self-organization and support projects in Europe** (englische Fassung des Buches "Ohne Papiere in Europa")

Broschüre, 96 S., April 2000

Der vollständige Text ist hier veröffentlicht:

<<http://www.noborder.org/without/index.html>>

**Welche Farbe hat deine Zahnbürste? Der kleine Heiratsratgeber**

kleine Broschüre, Text im Internet:

<<http://www.kanak-attak.de/ffm/txt/schein.htm>>

Kosten & Bestelladresse hier nachfragen:

Email: <[info@kanak-attak.de](mailto:info@kanak-attak.de)>